



Welche Herausforderungen warten 2012?



Diplom-Chemiker
CLAUS LANGE
Direktor der Feuerwehr

Feuerwehr Hannover

Am Anfang des neuen Jahres ist es guter Brauch, sich Gedanken darüber zu machen, welche Herausforderungen für die nächsten 366 Tage zu bewältigen sind. Vielfach gibt es aber Aufgaben, die schon im abgelaufenen Jahr keiner Lösung zugeführt werden konnten. Einige sind noch gar nicht bearbeitet worden – mancher Lösungsansatz ist zwar auf den Weg gebracht, aber eine Realisierung hängt von bestimmten Faktoren ab, die nur eingeschränkt oder aber gar nicht beeinflussbar sind. Da fällt es sichtlich schwer, schon in »neuen Dimensionen« zu denken. Fatal wäre es aber, sich damit abzufinden und folglich »ziellos« zu agieren. Ohne Zweifel – die Bewältigung von Einsätzen lässt sich kaum beeinflussen und viele Dinge »stürmen« im Laufe eines Jahres ein und sind rasch zu lösen. Da bleibt wenig Raum für strategische Ausrichtung, grundlegende Analyse und abgestimmte Herangehensweise.

Ich möchte dennoch dafür werben, sich für das neue Jahr Freiräume zu schaffen, grundsätzliche Themen zu bearbeiten, kontroversen Diskussionen zuzuführen und damit quasi einen Fahrplan für die vor uns liegenden zwölf Monate aufzustellen. Die nachfolgenden fünf Vorschläge sind daher aus meiner Sicht zusammengetragen – sie sollten erörtert und, wenn eine breite Zustimmung in der »Feuerwehrwelt« erfolgt, als strategische Ziele für das Jahr 2012 gesetzt werden.

1. Eine länderübergreifende Festlegung von Rahmenbedingungen bzw. Eckwerten zur Organisation des Feuerwehr- und Rettungswesens in Deutschland ist erforderlich. Leider denken mehr und mehr Verantwortliche in den zuständigen Länderministerien zu föderalistisch und nur auf »die eigene Scholle« bezogen. Dies ist kontraproduktiv und hemmt eine Entwicklung hin zum Angleichen unterschiedlicher Standards. Beispielhaft zu nennen sind Hilfsfristen für Feuerwehr- und Rettungsdienstesätze, laufbahnrechtliche Vorschriften für hauptberufliche Feuerwehrangehörige und Vorgaben zur Führungsorganisation bei Großschadenlagen bzw. Katastrophen.

2. Der Bevölkerungsschutz in Deutschland muss gestärkt werden. Es sind durch den Bund zentrale Warn- und Informationsmöglichkeiten zu schaffen; ein dezentraler Zugriff für lokale Behörden ist wünschenswert. Ebenso gilt es, Maßnahmen zur Sicherung der kritischen Infrastruktur voranzubringen.

3. Der Unfallschutz ehrenamtlich tätiger Feuerwehrangehöriger ist an das heutige Gefährdungspotenzial anzupassen und zu verbessern. Wer quasi »seine Haut zu Marke trägt«, der muss eine besondere Absicherung genießen.

4. Ehrenamtliches Engagement mit hauptberuflicher Unterstützung sichert flächendeckend in den 16 Ländern die Einsatzbereitschaft von Feuerwehr und Rettungsdiensten. Den gestiegenen Anforderungen bei Personalrekrutierung und -führung, Ausbildung sowie Bedarfsplanung muss schon auf Ebene der Kommunen und Landkreise durch professionelles Handeln begegnet werden. Mehr als bisher sind dafür Strukturen in Abstimmung mit den ehrenamtlich Tätigen zu schaffen, um zukunftsfähig zu sein.

5. Die Sicherstellung eines flächendeckenden, bedarfsgerechten Rettungsdienstes in Deutschland darf nicht ausschließlich auf Basis wettbewerbsrelevanter Gesichtspunkte im Rahmen von europaweiten Ausschreibungen erfolgen. Der Staat trägt im Rahmen der Daseinsfürsorge besondere Verantwortung und sollte deshalb mögliche nationale Ausnahmeregelungen nutzen. Den politisch Verantwortlichen muss klar sein, dass nur so ein leistungsfähiges System erhalten und ausgebaut werden kann.

Nutzen wir also das gerade begonnene Jahr 2012 dazu, uns zu positionieren und mit klaren Zielen eine Verbesserung des Feuerwehr- und Rettungswesens voran zu bringen.